

Datum: 06.09.2023

Autor: Volker Luff

Thema: N-ERGIE

Leuchtturmprojekt in Sachen Energiewende

Am Höbinger Umspannwerk könnte eine der ersten großen Produktionsanlagen für den grünen Wasserstoff entstehen

Greding/Thalmässing Kaum hat das bayerische Wirtschaftsministerium am Montag verkündet, dass es jetzt losgehen soll mit dem Förderprogramm zum Aufbau einer Elektrolyse-Infrastruktur (BayFE-LI), machen die Kommunen Greding und Thalmässing schon Nägel mit Köpfen: Geht es nach ihnen, entsteht am Umspannwerk Großhöbing einer jener insgesamt 50 Elektrolyseure, die sich das Ministerium zum Ziel gesetzt hat, um im ganzen Freistaat grünen Wasserstoff aus erneuerbaren Energien herzustellen. Im Verbund mit dem regionalen Versorger **N-Ergie** haben sie das Institut für Energietechnik (IfE) in Amberg unter der Leitung des Herrnsberger Professors Markus Brautsch damit beauftragt, eine entsprechende Machbarkeitsstudie auszuarbeiten. Sowohl der Gredinger Bürgermeister Manfred Preischl (FW), als auch sein Thalmässinger Amtskollege Johannes Mailinger (CSU) scharren schon längere Zeit mit den Hufen. Erscheint ihnen doch das Areal geradezu prädestiniert: "Der Standort macht das Projekt wahnsinnig interessant", zeigt sich Mailinger überzeugt - und spricht damit sämtlichen Beteiligten aus dem Herzen. Allerdings: Das Ganze muss zwingend mit Zahlen unterfüttert werden, hakt Brautsch ein. Eine Wirtschaftlichkeitsberechnung sei Voraussetzung dafür, dass der Bau eines Elektrolyseurs von der Staatsregierung mit 70 Prozent gefördert wird.

41 Häuser in Höbing

wollen mit ins Boot. Bei der Elektrolyse wird mit Hilfe elektrischen Stromes eine chemische Reaktion herbeigeführt. Wasser wird in Wasserstoff und Sauerstoff aufgespalten, dabei entsteht auch Wärme. Mit der Wärme sollen über kurz oder lang möglichst viele Häuser in Groß- und in Kleinhöbing beheizt werden, 28 Hausbesitzer aus Kleinhöbing und weitere 13 aus Großhöbing haben bereits ihr Interesse an einem Anschluss bekundet. Für weit mehr ist "ganz klar noch Luft nach oben", weiß Brautsch schon jetzt.

Der Sauerstoff kann in der nahen Höbinger Kläranlage gut für die Belüftung gebraucht werden. Und der Wasserstoff gilt ohnehin als der Energieträger der Zukunft schlechthin, schließlich ist er quasi klimaneutral und endlos produzierbar. Die Autobahn 9 führt in Hörweite vorbei. Laut Professor Brautsch laufen derzeit Gespräche mit Betreibern von Tankstellen und Speditionen, um deren Interesse abzufragen. Hierbei unterstützt auch die Unternehmerrfabrik Roth.

Allerdings ist für die Verflüssigung des Wasserstoffs viel Energie notwendig - und hier kommt eben das Umspannwerk als idealer Produktionsstandort zum Tragen. Immerhin wird hier nicht nur die Energie der fünf **Windkraft**räder auf Thalmässinger Gemeindegebiet ins Netz eingespeist, sondern auch

der Strom von 17 weiteren **Windrädern** auf Tittinger Gebiet sowie der Ertrag von bald 150 Hektar Freiflächen-Photovoltaikanlagen in der Großgemeinde Greding. Von vielen kleinen PV-Anlagen auf Dächern ganz zu schweigen.

Angesichts solcher Größenordnungen müsste jedem Freund der Erneuerbaren Energien eigentlich das Herz aufgehen vor Freude. Allerdings: Wenn die Sonne intensiv scheint oder der Wind kräftig weht, werden solche Anlagen regelmäßig abgeregelt. Man kann so viel Strom nicht gebrauchen, eine Speichermöglichkeit gibt es nicht. "Als Netzbetreiber werden wir überrollt", sagt auch Rainer **Kleedörfer**, Bereichsleiter Unternehmensentwicklung bei der **N-Ergie**. Der Zubau von PV-Anlagen beispielsweise übersteige die Netz-Ausbaumöglichkeiten. Man müsse sich endlich die Frage stellen: "Welchen Zubau brauchen wir an welcher Stelle?" Ziel müsse es sein, nicht ständig Anlagen abzuregeln, sondern im Gegenteil die Nutzung des Stromes aus erneuerbaren Quellen zu erhöhen. "Wir brauchen Alternativen zum stupiden Netzausbau."

Gesetzeslage legt Initiative große Steine in den Weg
Einen Ausweg aus dieser Sackgasse könnte die Produktion von grünem Wasserstoff sein. Die kostet zwar sehr viel Energie - aber wenn Wind und Sonne ohnehin Strom produzieren, ist das zu vernachlässigen. Auf diesem Ausweg liegt bislang aber noch ein großes Hindernis: die Bürokratie.

Die Gesetzgebung auf EU-Ebene und auch im Bund "ist eine einzige Katastrophe", schimpft Kleeberger. Denn in derartige Elektrolyseure, wie in Höbing erwünscht, dürfe laut aktuellen Bestimmungen nur Strom aus Anlagen verwendet werden, die es noch nicht gibt, also erst gebaut werden müssen. Mit anderen Worten: Im Umkreis müssten erst weitere große Flächen für PV-Anlagen bereitgestellt, weitere **Windkraft**anlagen errichtet werden. Dass es schon jetzt ohnehin oft überschüssigen Strom gibt? Egal. "Das ist einem normalen Menschen nicht zu erläutern", so Kleeberger, "dieser Irrsinn muss weg."

Auf das Beispiel Höbinger Umspannwerk bezogen heißt das laut Markus Brautsch: 80 Megawatt können in die dortige 110-Kilovolt-Leitung maximal eingespeist werden; in der Spitze könnten allerdings 210 MW ankommen. Selbst mit dem Elektrolyseur wird nach heutiger Gesetzeslage also ein großer Teil der **Windräder** und der PV-Anlagen abgeregelt - nur deshalb, weil er nicht genutzt werden darf.

Gespräche mit Aiwanger

stehen dringend an "Es ist traurig, dass wir eher bürokratische als fachliche Probleme haben", findet Brautsch. Technisch sei der Elektrolyseur nämlich kein Problem, wie eine entsprechende Anlage in Haßfurt bereits zeige. Sie hat allerdings eine installierte Leistung von lediglich 1,35 MW. Die Höbinger Anlage soll auf bis zu 25 MW ausgelegt werden. Für die Studie arbeitet das IfE jetzt so, als ob es die geltende Gesetzeslage nicht gäbe. Die erwarteten Ergebnisse werde er "im Wirtschaftsministerium klar auf den Tisch legen", so Brautsch. Der davon ausgeht, dass sich an der Regelung noch einiges ändert. Denn nur dann könne "die Akzeptanz von Zubau weiterer Anlagen in der Bevölkerung aufrechterhalten werden".

Ein bisschen Zeit haben die politischen Ebenen aber noch, um die Rahmengesetzgebung zu ändern. Denn obwohl Greding und Thalmässing schon sehr früh dran waren - "wir arbeiten schon seit Jahresanfang daran", so Brautsch - würden die Ergebnisse der Studie wohl noch bis Ende dieses Jahres auf sich warten lassen. Das Go vorausgesetzt, kalkuliert der Professor für den Planungsprozess ein weiteres Jahr ein. Die Bauphase am Ende dürfte noch einmal gut drei Jahre in Anspruch nehmen; nicht unbedingt für den Elektrolyseur selbst, sondern für das Wärmenetz nach Groß- und Kleinhöbing. Am Ende aber, wenn alles so läuft wie gewünscht, könnte in Höbing eine der ersten großen Produktionsanlagen für grünen Wasserstoff in ganz Bayern entstehen. Oder wie es Rainer **Kleedörfer** formuliert: "Ein Leuchtturm der **Energiewende**."HK

